

Osteuropastudien

Studien der Studierenden zum Thema „Politikberatung“

Oktober 2005 - Juli 2006

Demokratieförderung von außen: Die Tätigkeit der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Russland

Auf der Grundlage qualitativer Interviews mit FES-Mitarbeitern sowie der Analyse von Sekundärliteratur untersuchen die Autoren die Tätigkeit der Stiftung auf dem Gebiet der Demokratieförderung. Dabei werden die Tätigkeitsfelder der Stiftung skizziert, Erfolge und Schwierigkeiten analysiert sowie die Wirksamkeit der Aktivitäten bewertet.

Die Spezifik deutscher Stiftungen im Vergleich zu anderen ausländischen NGOs, besonders US-amerikanischen Stiftungen, liegt in der besonderen Betonung des langfristigen und gleichberechtigten Charakters der Beziehungen. Das erklärte Ziel der FES besteht darin, einen Beitrag zum deutsch-russischen Dialog und zur Entwicklung der russischen Gesellschaft in Richtung Demokratie zu leisten. In Übereinstimmung mit ihrer Nähe zur SPD liegt der Schwerpunkt der Friedrich-Ebert-Stiftung auf der Kooperation mit Gewerkschaften und anderen sozialen Organisationen. Durch anteilige Projektfinanzierung wird verhindert, dass Partnerorganisationen in zu große Abhängigkeit vom ausländischen Sponsor geraten.

Die Wirkungen der Stiftungsarbeit sind schwer messbar. Die FES-Mitarbeiter sind von einem nachhaltigen Einfluss auf die russische Gesellschaft überzeugt. Eine Momentaufnahme der russischen Zivilgesellschaft zeigt, dass viele NGOs in der Bevölkerung Ansehen erlangt haben. Vor allem soziale Projekte werden von vielen Seiten der Gesellschaft unterstützt, während das Engagement in politisch sensiblen Bereichen wie etwa Menschenrechtsfragen auf Vorbehalte stößt. Das jüngst verabschiedete Gesetz, das die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen künftig stärkerer Kontrolle durch die

Exekutive unterwirft, wird von NGO-Vertretern als Belastung ihrer Tätigkeit und Einschränkung der Möglichkeiten für die internationale Unterstützung der Demokratie gesehen.

Lena Gorelik, Katharina Klaus und Anastasia Sharipova

Historiker als Politikberater in der Kontroverse um das »Zentrum gegen Vertreibungen«



Seit dem Jahre 2002 wird in Deutschland eine heftige öffentliche Debatte um das vom Bund der Vertriebenen initiierte Projekt eines nationalen Dokumentations- und Erinnerungszentrums für die nach dem Zweiten Weltkrieg aus dem östlichen Europa vertriebenen

Deutschen geführt. Es handelt sich um ein hochsensibles Problem der Vergangenheitsbewältigung, das die aktuellen Beziehungen zu den östlichen Nachbarländern Deutschlands berührt und dabei auch belastet. Wer nimmt, außer den unmittelbar politischen Akteuren, an dieser Debatte teil? Können sich deutsche Politiker bei ihrer Suche nach erinnerungspolitischen Lösungen auf die kompetente Beratung durch Wissenschaftler, insbesondere Historiker, stützen?

Die vorgelegte Arbeit widmet sich dieser Frage, indem fünfzehn teilstrukturierte Interviews ausgewertet werden, welche die Autoren der Studie mit Politikern und Historikern geführt haben. Es zeigt sich, dass zum Thema von Flucht und Vertreibung in den letzten Jahren eine Beratungslandschaft mit vielfältigen Kontakten zwischen den beiden Akteursgruppen entstanden ist. Sie ist das Ergebnis sowohl der gezielten Kontaktaufnahme von Politikern zu Osteuropahistorikern als auch von Beratungsangeboten, mit denen Experten an politische Akteure und die Öffentlichkeit herangetreten sind. Historiker sind zwar später und weniger als erwartet an der Diskussion beteiligt gewesen, ihre Beratung ist aber dennoch als erfolgreich zu bewerten. Dies ist nicht nur ihrer inhaltlichen Expertise, sondern auch den spezifischen Bedingungen des Berufsfelds

»Osteuropahistoriker« geschuldet – ihre langjährigen Kontakte in die Länder des ehemaligen Ostblocks versetzen sie in die Lage, problembewusst und adäquat an die Diskussionen mit den östlichen Nachbarländern heranzugehen.

Gwendolin Buddeberg, Laura Hölzlwimmer, Anna Kugler und Damien
Tricoire

Internationale Rechtsberatung für die Russische Föderation zur Förderung des Rechtsstaates, der Demokratie und der Menschenrechte

Ein modernes Rechtswesen sichert die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Erfolg tiefgreifender politischer und ökonomischer Reformen. Ein Hauptziel der internationalen Rechtsberatung durch westliche Demokratien ist daher die Unterstützung von Transformationsländern bei Reformen der Exekutive und Judikative, um Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu stärken. Gegenstand der vorgelegten Forschungsarbeit ist die internationale Rechtsberatung in der Russischen Föderation. Als Beispiele dienen die Aktivitäten der IRZ-Stiftung Bonn, des ILPP-Instituts Moskau sowie des Europarates, insbesondere der sogenannten Venedig-Kommission.

Seit Anfang der 1990er Jahre stößt die internationale Rechtsberatung in Russland auf großes Interesse, da über die institutionellen Grundlagen moderner, marktwirtschaftlich verfasster Demokratien nur wenige Informationen zur Verfügung standen. Russland ist seitdem grundsätzlich bemüht, sich an europäischen und internationalen Rechtsstandards zu orientieren. Trotz einer Reihe ungelöster Probleme gelten die Perspektiven dieser Anstrengungen als gut, wobei die Offenheit der internationalen Kooperation als eine der wichtigsten Erfolgsbedingungen anzusehen ist.

Katrin Friese und Nadeshda Mamina-Horstkamp

Vermittlung deutscher Unternehmensinteressen in Tschechien: Das Euro-Czech Forum von 1999 bis 2005

In der Projektstudie werden zwei institutionelle Akteure untersucht und verglichen, die in Tschechien in den letzten Jahren als Wirtschaftsexperten



aktiv waren. Im Jahre 1999 gründeten die seit 1993 bestehende Deutsch-Tschechische Industrie- und Handelskammer (DTIHK) und drei weitere europäische Auslandshandelskammer mit Sitz in Prag das Euro-Czech Forum (ECF). Beide Organisationen vertraten keine

unternehmerischen Einzelinteressen, sondern bemühten sich darum, Reformen anzustoßen, deren Ziel in der Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Tschechien besteht. Während die Hauptaufgaben der DTIHK in Dienstleistungen für ihre Mitgliedsunternehmen bestehen, konzentrierte sich das ECF ausschließlich auf die Erstellung von Politik-Analysen und -Vorschlägen sowie ihre Vermittlung an Entscheidungsträger in der tschechischen Politik. Anhand der Mitwirkung an der Gesetzgebung zeigte sich eine hohe Wirksamkeit der Beratung durch das ECF, dessen Tätigkeit jedoch im Jahre 2005 (temporär?) eingestellt wurde.

Julia Förderer und Maria Braun

Wirtschaftspolitische Beratung: Die Deutsche Beratergruppe bei der ukrainischen Regierung



Seit mehr als 10 Jahren befindet sich die Ukraine in einem komplizierten und widersprüchlichen Prozess des politischen und ökonomischen Wandels. Kompetente wissenschaftliche Beratung durch internationale Experten kann dazu beitragen, problemadäquate wirtschaftspolitische Entscheidungen zu erarbeiten und vorzubereiten. Dieser Aufgabe widmet sich auch die Deutsche Beratergruppe, die seit November

1994 die ukrainische Regierung bei der Formulierung von Wirtschaftsreformen im Rahmen des TRANSFORM-Programms der deutschen Regierung unterstützt.

Die Studie untersucht die Tätigkeit dieser Beratergruppe. Im ersten Abschnitt wird die Struktur des wissenschaftlichen Beratungsmarktes im Allgemeinen vorgestellt. Anschließend analysiert die Autorin die Aktivitäten der Deutschen Beratergruppe. Die gezielte, systematische und langjährige Beratung zeitigt demzufolge positive Wirkungen. Als bedeutsamer Erfolgsfaktor erweist sich die Konkretisierung der Adressaten und die damit ermöglichte zielgruppenspezifische Beratung.

Oksana Chajka

Das Engagement der Handwerkskammer Koblenz für den handwerklichen Mittelstand in Bulgarien und der Balkanregion

Die Studie beschäftigt sich mit dem über zehnjährigen entwicklungspolitischen Engagement der Handwerkskammer Koblenz (HWK) in Bulgarien und der Balkanregion. Dieses Engagement beruht auf dem vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit finanzierten Modell von Partnerschaftsprojekten, deren Ziel in der Förderung der institutionellen Entwicklung in den Partnerländern besteht. Mit dem »Hilfe zur Selbsthilfe«-Ansatz soll die Selbstverwaltung ausländischer Betriebe gestärkt und damit auch eine höhere Wettbewerbsfähigkeit erreicht werden.

Die Schwerpunkte der Tätigkeit der HWK liegen im Bereich der Ausbildungsförderung, institutionellen Stärkung und interregionalen Zusammenarbeit. Ein bisheriger Höhepunkt der Zusammenarbeit war die Vorbereitung der 2001 verabschiedeten neuen Handwerksordnung, die verbesserte Rahmenbedingungen unternehmerischen Handelns schuf. In der Folgezeit kam es darauf an, dieses Gesetzeswerk mit Leben zu füllen.

In der Studie werden die Schwierigkeiten und Möglichkeiten des HWK-Engagements beschrieben. Einen besonderen Platz nehmen die Anstrengungen zur Verbesserung der beruflichen Ausbildung ein. Daneben sind die HWK und ihre Partner bestrebt, das Handwerk in Bulgarien als bedeutenden Arbeitgeber in den sozialen Dialog zu integrieren. Auch wenn Unterstützung durch die bulgarische Politik in wichtigen Fragen wie der beruflichen Ausbildung bisher ausbleibt, vermochte die Hilfe der HWK eine

Dynamisierung und Institutionalisierung der Handwerkspolitik in Bulgarien und in der Balkanregion zu bewirken.

Hagen Scherble